



Bündnis 90/Die Grünen

BewegGRÜNde

Marzahn-Hellersdorf - Sommer 2012

kostenlos

Inhalt

MIT EINEM REGIONALHALT SPRINGPFUHL
DIREKT IN DEN SÜDEN BERLINS!



ÖPNV mitdenken Seite 2



Mahlisdorfer Ortsbild retten Seite 2



Bündnisgrüne BVV-Fraktion Seite 3



Asylknast? Nein Danke! Seite 4



Was ist gerecht? Seite 4

Ortsumfahrung Ahrensfelde	2
Zählgemeinschaft hat viel vor	3
Gesellschaftliche Vielfalt	3
Balzer Platz	3
Flugrouten	3
Vermögensabgabe	4
Service & Impressum	4

Editorial

Mit dieser Ausgabe unserer BewegungGRÜNde wollen Bündnis 90/Die Grünen den Dialog mit Ihnen auch in Jahren ohne Wahlkämpfe pflegen und Sie über unsere politische Arbeit informieren. Über eine Rückmeldung, sei es als Leserbrief, als kurze Anregung aber auch als Kritik freuen wir uns. Gerne können Sie uns auch bei einer unserer Veranstaltungen oder in unserer BürgerInnen-sprechstunde besuchen.

Stefan Ziller und Cordula Streich, SprecherInnen von Bündnis 90/Die Grünen Marzahn-Hellersdorf

Die Energiewende gestalten

Und nicht nur den Atomausstieg beschließen



Demo vom 18.09.2010 gegen Atomkraft in Berlin

Foto: Stefan Ziller

Die große Mehrheit der Menschen in Marzahn-Hellersdorf, in Berlin und in ganz Deutschland will den schnellen Umstieg auf Erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz. Zahlreiche Unternehmen treiben ihn voran und investieren in Erneuerbare Energien. Es zeigt sich immer mehr, dass die Energiewende eine riesige Erfolgsgeschichte werden kann. Doch die politischen Rahmenbedingungen werden von Union und FDP im Bundestag genauso wenig gesetzt, wie von SPD und CDU im Berliner Senat. Es wird planlos und unkoordiniert agiert. Ob Kahlschlag beim Solarstrom, Verzögerungen beim Windanlagen-Ausbau, Aussitzen des Stromnetzproblems, Blockade beim Energiesparen oder Bremsklotz beim Klimaschutz im Gebäudebereich – überall Fehler und Stückwerk.

Gebäude energetisch sanieren – Sozial und ökologisch verantwortlich gestalten

Der rot-schwarze Berliner Senat hat zwar in seinem Koalitionsvertrag festgelegt, dass Berlin bis 2050 eine klimaneutrale Stadt sein soll und bis 2020 die CO₂-Emissionen um 40% gegenüber 1990 reduziert werden soll. Doch

während sich die Berliner CDU in Worthülsen versteckt, blockiert dieselbe Partei im Bund Maßnahmen zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Bündnis 90/Die Grünen fordern hier in Anträgen und Gesetzesentwürfen im Bund und im Land eine ambitionierte Gebäudesanierungspolitik und ein gerechtes Gesetz, dass nicht etwa Spitzenverdiener gegenüber BezieherInnen durchschnittlicher Einkommen begünstigt. Wir Grüne fordern zudem eine Verhinderung der Mietrechtsänderung, nach der die Sanierungskosten voll auf die Mieter umwälzt werden können.

Erneuerbare Energien – Eine Investition nicht nur für mehr Klimaschutz

Aber auch bei der Solarenergie wird sonntags zwar viel vom Potential und dem wichtigen Beitrag zur Energiewende gesprochen, doch in der Woche gerne anders gehandelt. Erst vor kurzem hat die schwarz-gelbe Koalition drastische Solarkürzungen im Bundestag verabschiedet. Stattdessen will die Bundesregierung zukünftig mit einem millonenschweren Förderprogramm neue klimaschädliche und unflexible Kohle-

kraftwerke fördern. Damit schadet sie nicht nur dem Klima, sondern auch vielen mittelständischen Unternehmen in Berlin und Brandenburg. Denn bereits jetzt gibt es über 2.100 Unternehmen in unserer Region, die im Bereich der Erneuerbaren Energien arbeiten.

Grüne Investitionen – Grüne Arbeitsplätze

Dies sind nur einige Beispiele, die aufzeigen wie die von der Mehrheit der Bevölkerung gewollte Energiewende verschlafener wird. Bündnis 90/Die Grünen wollen Berlin zur Klimahauptstadt machen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien energisch vorantreiben. Dazu bedarf es politischer Steuerungsinstrumente wie der finanziellen Unterstützung etwa bei Solaranlagen, Investitionen in effiziente Heizungstechnologien und Energieeinsparung. Dafür werden Bündnis 90/Die Grünen auch zukünftig in Marzahn-Hellersdorf, Berlin und ganz Deutschland mit engagierten BürgerInnen kämpfen.



Titus Rebhann

Bündnis 90/Die Grünen Berlin wollen

- dass Berlin bis 2030 zu 100% auf erneuerbaren Strom und bis spätestens 2050 vollständig auf erneuerbare Energien umsteigt.
- ein Klimastadtwerk gründen.
- bis 2016 Berlins letztes Braunkohle-Kraftwerk abschalten und Europas größtes „intelligentes Kraftwerk“ bauen, das aus zentral gesteuerten Kleinkraftwerken (Mini-KWK-Anlagen) besteht.
- die Berlinerinnen und Berliner unabhängiger machen von den steigenden Preisen für Öl, Kohle und Gas durch eine sozialverträgliche energetische Sanierung des Gebäudebestands.
- den Betrieb des Stromnetzes vom Hauptversorger Vattenfall trennen, mehr kommunalen Einfluss auf die Energiepolitik nehmen, den Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung an den Netzen und der Energieproduktion ermöglichen.



Michael Schäfer (MdB), BündnisGrüner Sprecher für Klimaschutz und Energie

So können Sie die Energiewende selbst unterstützen

Bitte unterzeichnen Sie das Volksbegehren "Neue Energie für Berlin". Jede Unterschrift erhöht den Druck auf den Senat, ein Klima-Stadtwerk zu gründen und das Stromnetz vom größten Stromanbieter in Berlin, Vattenfall, zu trennen. Berlin kann zeigen, wie Metropolen – die größten Verschwender von Energie – eine Vorreiterrolle im Klimaschutz und bei modernen Energietechnologien einnehmen können.

Gemeinsam mit dem Berliner Energietisch, genossenschaftlichen Energieinitiativen und Ihnen – den Berlinerinnen und Berlinern – wollen wir BündnisGrüne die energiepolitische Wende in Berlin vorantreiben.

Weitere Informationen finden sie unter www.buerger-energie-berlin.de.

Sie ärgern sich über hohe Stromrechnungen und Strom aus klimaschädlichen Kohlekraftwerken oder gefährlichen Atomkraftwerken? Dann machen Sie jetzt den Preisvergleich und stellen Sie fest, dass Ökostrom-Anbieter oftmals billiger sind. Doch Vorsicht, viele Atomkonzerne verkaufen zwar Ökostrom, der Gewinn fließt aber dem Mutterkonzern zu, der Atomkraftwerke betreibt. Lediglich Naturstrom, LichtBlick, Greenpeace Energy und die Elektrizitätswerke Schönau produzieren und verkaufen 100% Ökostrom.

Informieren Sie sich unter www.atomausstieg-selber-machen.de.

Schlag auf Schlag

Gewalt gegen Frauen ist kein neues Thema. Heute gibt es Frauenhäuser, es gibt Beratungsstellen. Leicht kann Mensch da denken: „Keine Frau muss sich das gefallen lassen. Sie muss nicht in der Opferrolle bleiben. Sie kann sich trennen, sich scheiden lassen.“ Doch ist - wer in dieser Situation verbleibt - selbst schuld oder zu schwach das eigene Leben selbst in die Hand zu nehmen?

Eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beleuchtet einen Aspekt, der in der Öffentlichkeit eher unbekannt ist und Fragen aufwirft.

„(...) hohe Bildung und erhöhte Unabhängigkeit der Frauen von ihren Partnern [kann] auch einen Risikofaktor für erhöhte Gewaltbelastungen darstellen, dann nämlich, wenn die Gleichwertigkeit von Frauen und Männern von männlichen Beziehungspartnern (einer bestimmten Altersgruppe bzw. Generation) nicht akzeptiert wird und dies Konflikte und Gewalt in den Paarbeziehungen befördert, die darauf abzielen, traditionelle, in der Auflösung befindliche Geschlechterverhältnisse wiederherzustellen oder abzusichern.“

Vereinfacht gesagt, auch eine akademische Ausbildung schützt nicht vor häuslicher Gewalt, wenn tradierte Rollenbilder ins Wanken geraten. Doch welche Rollenbilder sind das?

Der Mann ist der Ernährer der Familie. Aber Geld ist immer ein Instrument der Macht, Macht ist männlich, Macht ist aktiv. Die Frau, die Hüterin der Familie, ist oftmals mit weniger Geld ausgestattet, da Frauen auch heute noch durchschnittlich weniger verdienen. Weniger Geld heißt in der Folge meist weniger Macht und mehr Passivität, Passivität ist oftmals weiblich.

Wie sehr diese Rollenbilder in der Gesellschaft manifestiert sind, offenbart ein Blick auf die Elterngeldstatistik des Jahres 2010: Insgesamt haben 158.182 Männer das Elterngeld in Anspruch genommen, dem gegenüber stehen 634.612 Frauen. Elterngeld wird bei der Geburt eines Kindes bis zu 14 Monate gezahlt. Das sind 12 Monate für die/den Betreuende/n + 2 Partnermonate, die bezeichnenderweise auch Vätermomente genannt werden. Das bedeutet immer noch, dass der Großteil der Frauen für die Betreuung der neu geborenen Kinder zuhause bleibt. Auch auf Beziehungen, die sich bisher als gleichberechtigt verstanden haben, bricht nun die traditionelle Rollenverteilung ein. Sie hält dann möglicherweise so lange an, bis „die Kinder aus dem Größten raus sind“ oder der Mann aufgrund seines Alters (50+) ein Ende seiner Karriere erfährt.

Die Gesellschaft braucht aktive Frauen jeden Alters. Politik und Wirtschaft benötigen weibliche Teilhabe. Dies wollen wir BündnisGrünen nicht nur durch die Quotierung erreichen, sondern auch durch eine verstärkte Förderung der Frauen an der Basis. Mit dem Projekt fifty-fifty (Infos unter www.gruene.delfifty-fifty) wollen wir bei uns selbst beginnen und den Frauenanteil unserer Mitglieder von heute 38 Prozent auf „fifty-fifty“ steigern!

Die Auflösung der tradierten Rollenverständnisse ist nicht nur eine gesellschaftliche Frage, es ist auch eine Frage der körperlichen und psychischen Unversehrtheit der Frauen. Leider...



Cordula Streich, Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Marzahn-Hellersdorf

Verkehrspolitik Ost: BürgerInnen von Verkehr entlasten – ÖPNV mitdenken

Bündnis 90/Die Grünen fordern den Senat und das Bezirksamt zur Lösung der Verkehrsprobleme im Siedlungsgebiet auf, sowie den ÖPNV (Öffentlichen Personen Nahverkehr) zu verbessern. Eine einseitig auf den Neubau von Straßen ausgerichtete Verkehrspolitik lehnen wir ab.

Bündnis 90/Die Grünen erwarten von Senat und Bezirksamt, die Planungen für die Nahverkehrstangente endlich in Angriff zu nehmen. Dabei unterstützen wir eine Realisierung als S-Bahn-ähnliche (im S-Bahntakt und Fahrplan integriertes Angebot des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)) Verlängerung von Springpfuhl über Biesdorf Süd, Wuhlheide in Richtung des Berliner Südens. Kurzfristig müssen die Planungen für einen Regionalhalt am S-Bhf Springpfuhl zur Anbindung der Großsiedlung an den neuen Großflughafen begonnen werden. Möglich ist hier ab ca. 2015 ein Halt der RB24.

Nach intensiver Diskussion der aktuellen Vorschläge zur Realisierung der TVO stellen wir fest, dass die von den Bezirksämtern Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg sowie Treptow-Köpenick zur Diskussion gestellte Trassenführung eine mögliche Antwort auf die bisherigen Konfliktpunkte bietet. Die Realisierung dieser Trasse ist jedoch – aufgrund der zusätzlichen Eisenbahnüber- oder unterführungen – mit höheren Kosten verbunden.

Die TVO auf der vorgeschlagenen Trasse kann aber einen Beitrag zur Entlastung der Köpenicker Straße leisten und damit die Lebensqualität vieler BiesdorferInnen verbessern. Für die Straßenzüge Am Tierpark/Treskowallee sowie Chemnitzer Straße ist dies jedoch nicht zu erwarten. Auch ist ein deutlicher Zuwachs beim Nord-Süd Durchgangsverkehr (A10 Ahrensfelde – A113/BER) prognostiziert, welcher in den nördlich und südlich anschließenden Straßenzügen zu Verkehrszunahmen und Engpässen (insbesondere in Treptow-Köpenick,

Glienicker Weg / Glienicker Str.) führen wird.

Die Finanzierung der TVO ist bisher nicht gesichert. Das Land Berlin wird sie aus eigener Finanzkraft nicht realisieren können. Der notwendige Planungsablauf (Vorplanung und Planfeststellung) wird nach Einschätzung der Senatsverwaltung bis mindestens 2016/2017 dauern. Aufgrund der zahlreichen Bahnkreuzungen und des von der DB Netz AG angestrebten Umbaus des Wuhlheider Kreuzes ist es fraglich, ob dieser Planungszeitraum realistisch ist. Zu erwarten sind insbesondere nach aktuellen Erfahrungen mit der DB eher längere Planungszeiten. Eine Fertigstellung und damit die Entlastung der Köpenicker Straße vor 2020 ist nicht realistisch.

Bündnis 90/Die Grünen erwarten vom Senat seiner Verantwortung gerecht zu werden und zeitnah Alternativen zur Minderung der Verkehrsbelastung der AnwohnerInnen der Köpenicker Straße vorzulegen. Bündnis 90/Die Grünen haben hierzu immer wieder Vorschläge gemacht. Beispielsweise ist die Einrichtung einer Pfortnerampe eine kostengünstige Möglichkeit die Belastungen kurzfristig zu reduzieren.

Bündnis 90/Die Grünen erwarten von Senat und Bezirksamt endlich Taten. Einzig durch immer neue Erklärungen mit den Hoffnungen der BürgerInnen zu spielen, lehnen wir ab. Diese leeren Versprechungen helfen niemandem weiter.



Stefan Ziller,
Sprecher von
Bündnis 90/Die Grünen
Marzahn-Hellersdorf

Ein Halt der Regionalbahnlinie 24 am Bahnhof Springpfuhl verbindet, was zusammengehört:

● Bernau
● Hohenschönhausen
● SPRINGPFUHL
● Lichtenberg
● Ostkreuz
● Schöneweide
● Schönefeld

- eines der einwohnerstärksten östlichen Wohngebiete mit dem Südosten Berlins und dem Flughafen Schönefeld
- eine zeit- und ressourcensparende Alternative zum Auto mit der Entlastung des östlichen Stadtraumes von Durchgangsverkehr
- eine einfache und kostengünstige Netzergänzung mit den Möglichkeiten des Berliner Landeshaushaltes



www.stefan-ziller.de

Kann ein städtebauliches Leitbild das Ortsbild von Mahlsdorf retten?

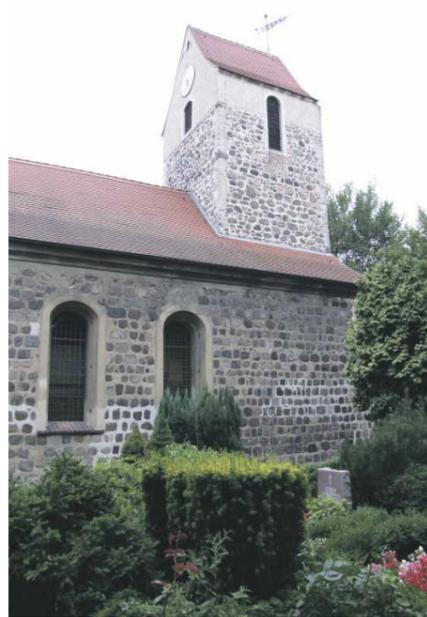
Der Ortskern von Mahlsdorf lag lange Zeit im Dornröschenschlaf, Investitionen in das Ortsbild Fehlanzeige. Doch nun regt sich etwas und Investoren haben das Fleckchen für sich entdeckt.

In den letzten Jahrzehnten wurde das Ortsbild von Mahlsdorf stark vernachlässigt. Die vorhandenen Mittel flossen auch aus politischen Gründen meist in die Großsiedlung. Heute haben viele Investoren den Kern von Mahlsdorf als ein lukratives Pflaster entdeckt. Die Planer von der Stadtentwicklung freud dies, sehen sie doch Möglichkeiten, den Ortskern zu entwickeln. Dies wäre mit den geringen staatlichen Geldern so nicht möglich.

Zunächst hörte man von einem Interessenten, der einen EDEKA - Discounter (an der B1/5) mit verschiedenen Fachmärkten und einer Zoohandlung (in der Nachbarschaft des ehemaligen Bauernhauses Bausdorf gegenüber der Kirche) errichten wollte. Nördlich soll Wohnbebauung anschließen. Doch die Konkurrenz schläft nicht! Also folgte kurz darauf das Projekt von REWE, die Kaufhalle am S-Bahnhof abzureißen und dort etwas Neues zu errichten. Nicht genug. Nun meldete sich auch noch der Discounter LIDL und will seinen Markt am Kreisverkehr errichten. Man hört, dass Aufkäufer mit Geldkoffern zu Grundstückseigentümern kommen.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre sind Mahlsdorferinnen und Mahlsdorfer misstrauisch geworden, ob sie nach den geplanten Maßnahmen ihren Ort noch wiedererkennen. Der bisher größte stadtentwicklungspolitische Fehler war der Roller-Obi-Komplex. Hier hat man gleich mehrere gravierende Fehler begangen. Das Ortsbild von Mahlsdorf wurde massiv beeinträchtigt, zugesagte Leistungen für den Ort wurden nicht erbracht und der Verkehr auf der Hönowener Straße hat sich dadurch weiter verdichtet.

Jetzt wird durch den Bezirk ein neues Verfahren angewandt, um eine stärkere Bürgerbeteiligung bei der Ortsgestaltung zu erreichen. Eine Akteursrunde wurde eingerichtet. Dieses neue Instrument der modernen Stadtentwicklung soll die Bürgerinnen und Bürger intensiv an einer nachhaltigen Entwicklung Mahlsdorfs beteiligen. Zurzeit wird ein städtebauliches Leitbild erarbeitet. Dies ist die Voraussetzung für eine Erhal-



Ortsbild Mahlsdorf erhalten

Foto: Harald Rossa

Herzen. Nachpflanzungen, die gesetzlich vorgeschrieben sind, haben im Ortskern zu erfolgen! Außerdem erwarten wir den Erhalt des einzigen Kunstwerks im Zentrum von Mahlsdorf: Die vom Mahlsdorfer Bildhauer Karl Möpert geschaffene Brunnenanlage, die die vier Jahreszeiten oder auch die vier Temperamente symbolisiert.

Beim Discounterprojekt am Kreis erwartet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass keine Häuser für die Errichtung von PKW-Stellplätzen abgerissen werden. Unser Vorschlag: Bau einer Tiefgarage. Grundsätzlich wird durch alle Discounter die Verkehrssituation auf der Hönowener Straße noch miserabler werden. Die grüne Fraktion fordert endlich ein Verkehrskonzept. Dies muss allerdings zwischen Senat und Bezirk ausgehandelt werden. Dabei müssen die Verkehrs-

ströme sehr großräumig und gründlich betrachtet werden, auch unter Einbeziehung von Entlastungen z. B. durch den Ausbau der Landsberger Chaussee (L 33). Wichtigster Bestandteil des Konzepts muss die Berücksichtigung der Belange der Fußgänger (auch Schulwegsicherung) und Radfahrer sein.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert alle Beteiligten, insbesondere die Bürgerinnen und Bürger von Mahlsdorf auf, sich in den Prozess der Gestaltung des Ortskerns noch stärker einzubringen. Dann wird Mahlsdorf wieder ein Ort mit einladendem Charakter und hoher Wohnqualität werden.



Maria Hartwig



Nick von Neumann,
BündnisGrüner
Bezirksverordneter

Troglösung gefährdet Lebensqualität

Bündnis 90/Die Grünen Marzahn Hellersdorf sprechen sich gegen die geplante Ortsumfahrung Ahrensfelde (B158n) aus.



Die geplante Umgehungsstraße trennt Marzahn und Ahrensfelde

Foto: Cordula Streich

Die vom Senat favorisierte Variante der sogenannten Troglösung (150m langer Tunnel, 6m hohe Schallschutzwände) durch die Klandorfer Str. erachten wir für die BürgerInnen in Marzahn Nordwest als nicht hinnehmbar. Zudem befürchten wir bezüglich der veranschlagten Kosten, dass die geplanten 40 Millionen Euro nicht ausreichen werden, um dieses Vorhaben zu realisieren.

Mit dem Ausbau der verlängerten Landsberger Allee (L33) steht aus Marzahn-Hellersdorf eine leistungsfähige Anbindung an den Berliner Ring zur Verfügung. Durch zielgerichtete Verkehrlenkung kann diese auch ohne zusätzliche Kosten eine Entlastung für Marzahn Nord und Ahrensfelde sein.



Cordula Streich,
Sprecherin von
Bündnis 90/Die Grünen
Marzahn-Hellersdorf

BündnisGrüne Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Sie finden uns im Rathaus am Helene-Weigel-Platz im Raum 307.

Unsere Sprechzeiten: Montag 15 - 17 Uhr
Mittwoch 12 - 14 Uhr
Donnerstag 09 - 11 Uhr

Tel: 030 / 90 293 5817

Mail: fraktionsbuero@gruenemarzahnellersdorf.de

Postanschrift: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
in der BVV Marzahn-Hellersdorf
Helene-Weigel-Platz 8
12681 Berlin

Die BündnisGrünen Verordneten

Bernadette Kern

Fraktionsvorsitzende

Mitglied in den Ausschüssen für
- Umwelt, Natur und Lokale Agenda 21
- Siedlungsgebiete, Verkehr und Landschaftsplanung
- Weiterbildung und Kultur
- Ältestenrat



Beate Buchwald

stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Mitglied in den Ausschüssen für
- Gesundheit, Soziales und SeniorInnen
- Gleichstellung und Menschen mit Behinderungen
- Integration
- Rechnungsprüfung, Eingaben und Beschwerden



Nickel von Neumann

Mitglied in den Ausschüssen für
- Wirtschaft, Jobcenter und Ökologische Stadtentwicklung
- Schule und Sport
- Jugendhilfeausschuss
- Hauptausschuss



Was lange währt, wird endlich gut

Jugendliche und Erwachsene werden sich am Balzer Platz begegnen.

Seit fast zwei Jahrzehnten setzt sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) für die Errichtung einer Jugendfreizeiteinrichtung in Biesdorf - Süd ein. Ich erinnere mich z.B. an meinen Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung im August 1996!

Seitdem ist viel Wasser die Wuhle hinunter gelaufen. Und trotzdem steht nun endlich das Gebäude am Balzer Platz. Am 28. März 2012 konnte ich mit vielen Biesdorfer Bürgerinnen und Bürgern das neue Gebäude besichtigen. Weil die politische Durchsetzung, die Planungen und die Finanzierung so viel Zeit brauchten, haben sich inzwischen die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger verändert. Ich hörte aus meinen Gesprächen vor Ort, wie stark man sich auch Angebote für ältere Menschen in diesem Gebäude wünscht. Diese Wünsche werden nun berücksichtigt, aber dabei hängt fast alles an dem auszuwählenden Freien Träger, der die Einrichtung betreiben und mit Leben füllen soll. Wie man der Presse entnehmen konnte, macht sich die BVV diesen Auswahlprozess

nicht einfach. Ein erster Vorschlag wurde von der Mehrheit in der BVV am 22. März abgelehnt.

Nun hat die BVV ein neues Interessenbekundungsverfahren in Gang gesetzt und bei dieser Ausschreibung die Interessen der Biesdorfer Bürgerinnen und Bürger noch stärker betont. Noch in diesem Jahr werden sich Jugendliche und Erwachsene im Gebäude am Balzer Platz begegnen.

Bei den Rundgängen durch das neue Gebäude fiel auf, dass der Balzer Platz ein jämmerliches Bild abgibt. Von Platz kann gar keine Rede mehr sein. Es ist an der Zeit diesen Schandfleck zu beseitigen. Die Bebauungspläne sehen an dieser Stelle eine Grünanlage vor.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht, damit der Rest des Balzer Platzes bald Grünanlagencharakter bekommt.



Nickel von Neumann,
BündnisGrüner
Bezirksverordneter

Hoffnung auf mehr Transparenz und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Zählgemeinschaft vereinbart auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen die Erarbeitung und Umsetzung eines bezirklichen Klimaschutzkonzeptes

Mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2011 wurde in Marzahn-Hellersdorf ebenfalls eine neue Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gewählt. In einer sogenannten Zählgemeinschaft mit SPD und CDU wählten Bündnis 90/Die Grünen Stefan Komoß zum neuen Bezirksbürgermeister. Damit verbunden war und ist unsere Hoffnung auf ein Ende der von der Linkspartei geprägten Hinterzimmerpolitik und die Umsetzung eines anderen Politikstils mit mehr Transparenz und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern!

Nach einigen Monaten Arbeit in der BVV zeigt sich, dass noch viel zu tun ist. Bisher ist es Bündnis 90/Die Grünen sowie unseren Partnern SPD und CDU nicht in jedem Fall gelungen, Entscheidungen transparent zu gestalten. So musste beispielsweise die Vergabe einer Jugendfreizeiteinrichtung am Balzer Platz am Ende des Auswahlprozesses gestoppt werden. Mit der Neuausschreibung erwarten Bündnis 90/Die Grünen vom Bezirksamt nun beispielhaft zu zeigen, wie ein anderer Politikstil und mehr Transparenz umgesetzt werden können. Die Entscheidungskriterien müssen transparent und ausschließlich nach qualitativen Aspekten gewählt

Ausgewählte Politische Projekte aus der Zählgemeinschaftvereinbarung

Zur Umsetzung des in Erarbeitung befindlichen Klimaschutzkonzeptes wird eine Stelle für eine/n Klimaschutzbeauftragte/n eingerichtet. Die Fertigstellung des Konzeptes ist für Sommer 2012 vorgesehen. Die beteiligten Partner vereinbaren, dies im Stellenplan des Bezirkshaushalts abzusichern.

Die Lokale Agenda 21 soll entsprechend dem Leitsatz „Global denken, lokal handeln“ zur bezirklichen Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt werden. Es wird ein Energiebeirat beim Bezirksamt eingerichtet. Für die Arbeit des Energiebeirates werden finanzielle Mittel bereitgestellt.

Bei den Plänen für das Gewerbegebiet im Norden Marzahns wird abgesichert, dass Arbeitsplätze zukunftsfähiger und ökologischer Industrien entstehen. Die Ziele des jetzt der BVV und der Öffentlichkeit vorliegenden B-Plans sollen dabei in Bezug auf die Seweso-Richtlinien nicht überschritten werden. Dabei soll über die 1. Stufe der Seweso-II-Richtlinien nicht hinaus gegangen werden.

Das Projekt „Klimaschutz am Schulstandort“ wird im Bezirk umgesetzt. Darüber hinaus werden weitere Projekte zur Energieeinsparung wie „Fifty/fifty“ im Bezirk angeregt und umgesetzt.

werden. Das Parteibuch darf dabei – anders als es in der Vergangenheit den Anschein hatte – keine Rolle mehr spielen.



Stefan Ziller,
Sprecher von
Bündnis 90/Die Grünen
Marzahn-Hellersdorf

Gesellschaftliche Vielfalt in Marzahn-Hellersdorf

Marzahn-Hellersdorf ist ein Bezirk, in dem sehr viele Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und Geschichten leben. In diesem Zusammenleben treten auch Probleme auf, die Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit anderer sexueller Identität uvm. treffen. Dies können Diskriminierungen sein wie rassistische Äußerungen, Homo- und Transphobie Attacken oder absolute Ausgrenzung und Benachteiligung sowie Hinderung an der Teilhabe im Bezirk. Um solchen Problemen entgegen zu treten, gibt es in unserem Bezirk eine Vielzahl von Vereinen und Institutionen, die den

betroffenen Menschen mit Rat und Engagement zur Seite stehen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen diese wichtige Präventionsarbeit nicht nur auf den Schultern der Vereine und Institutionen abladen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bezirkspolitik diese Arbeit unterstützt. Das heißt für uns auch die im Bezirk vorhandenen finanziellen Mittel bedarfsgerecht und vor allem fair einzusetzen. Darüber hinaus müssen die Verantwortlichen innerhalb der bezirklichen Behörden und Institutionen frühzeitig Probleme erkennen und kontrollierbare Lösungen entwickeln und umsetzen.

Wir BündnisGrüne unterstützen ein vielfältiges Angebot zur Präven-

tions- und Unterstützungsarbeit, um ein friedliches und faires Miteinander in unserem Bezirk zu erhalten und zu fördern! In unserem Bezirk gehört jeder Mensch unabhängig von der ethnischen Herkunft, Sprache, Behinderung, des Alters, des Glaubens, der sexuellen Identität sowie des Geschlechts zur bezirklichen Gesellschaft ohne wenn und aber dazu!



Mathias Raudies,
queerpolitischer Sprecher
von Bündnis 90/
Die Grünen
Marzahn-Hellersdorf

Flugrouten: Alternative zur Müggelseeroute

Unabhängiger Parallelbetrieb nur in Spitzenzeiten

Wie aus einem Schriftwechsel des Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) und des Brandenburger Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) hervorgeht schieben sich beide Behörden die Zuständigkeit für die Entscheidung über eine Einschränkung des „vollständig parallel-unabhängigen Betriebs“ der Pisten auf dem Flughafen BER zu.

Mit dieser Entscheidung steht oder fällt jedoch die Notwendigkeit den Müggelsee zu überfliegen. Der bisher geplante unabhängige Parallelbetrieb ist keinesfalls über die gesamte Betriebszeit notwendig. Dies wurde sowohl vom zuständigen Brandenburger Staatssekretär als auch vom Regierenden Bürgermeister von Berlin bereits zugestanden.

Bei einem abhängigen Parallelbetrieb könnte beispielsweise die vom

Berliner Senat im September 2011 in die Fluglärmmmission eingebrachte Alternative zur Müggelseeroute ernsthaft geprüft und mindestens außerhalb der Spitzenzeiten angewandt werden. Das Umweltbundesamt (Uba) hat diesen Routenvorschlag in seiner lärmfachlichen Bewertung unterstützt und ihm ein offensichtlich beträchtliches Lärminderungspotenzial bescheinigt.

Mit der bisher vorgesehenen Routenführung besteht die Gefahr, dass die gesamte Region im Umfeld des Müggelsees stark vom Fluglärm betroffen wäre. Dies würde den Naherholungscharakter und die damit verbundene Attraktivität dieser Ausflugsregion massiv beeinträchtigen.

Mit der Zulassung eines abhängigen Parallelbetriebs außerhalb der Spitzenzeiten könnte, ohne den Planfest-

stellungsbeschluss in Frage zu stellen und ohne Kapazitätseinschränkungen, eine erhebliche Lärmschutzoptimierung erreicht werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen entsprechenden Antrag ins Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht. Die Wirtschaftlichkeit des Flughafens würde damit nur marginal beeinflusst, während der Berliner Südosten von den negativen Folgen des Flugverkehrs verschont bliebe.



Stefan Ziller,
Sprecher von
Bündnis 90/Die Grünen
Marzahn-Hellersdorf



Harald Moritz (Mda),
BündnisGrüner
Sprecher für Verkehr

An der Vermögensabgabe führt kein Weg vorbei

Täglich erreichen uns neue Schreckensmeldungen aus der Krise. Kein Hilfspaket ist groß genug, um nachhaltig zu wirken. Keine Maßnahme bedeutsam genug, um die launischen Finanzmärkte zu beruhigen. Jetzt sollen die Menschen für die Krisenlasten gerade stehen, während die Krisenverursacher weitgehend unbehelligt bleiben. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Noch vor 15 Jahren hatten die Spitzenverdiener (0,1 Prozent der Bevölkerung) mit Einkommen von mehr als 500.000 EUR im Jahr ein ungefähr 40mal höheres Einkommen als die Normalverdiener. Heute sind es schon 60mal mehr!

Ein häufig vorgetragenes Argument beschreibt die Ungerechtigkeit der Besteuerung von Vermögen, das aus bereits versteuerten Erträgen erwirtschaftet worden ist. Meine Antwort darauf mag trivial klingen, doch es gibt einen Zusammenhang zwischen überdurchschnittlichen Erträgen und hohen Vermögenswerten! NormalverdienerInnen haben eben nur begrenzte Möglichkeiten, Vermögen anzuhäufen. Das private Geldvermögen ist in Deutschland auf fast 5.000 Mrd. Euro gestiegen und konzentriert sich auf immer weniger Menschen.

Die Schuldenkrise hat tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen und sie ist noch längst nicht vorbei. Die Rekordverschuldung bringt den Staat an den Rand seiner Handlungsfähigkeit. Selbst die Boston Consulting Group kommt in ihrer Krisenanalyse zu folgendem Schluss: eine Vermögensabgabe ist der einzig gangbare Weg, der aus der Krise hinaus führt. Alternativen wie ein weiterer Schuldenschnitt sind ungeeignet, da sie zu panikartigen Reaktionen an den Finanzmärkten führen



Eine Vermögensabgabe ist zumutbar, bezahlbar und notwendig

Foto: Fotos for social change@flickr

würden. Die Schwarmdummheit dieser Märkte muss endlich als bedeutende Gefahr erkannt werden. Genau wie die

Mär der sich selbst regulierenden Märkte birgt das Vertrauen in die Finanzmärkte ein eigenes Gefahrenpotenzial.

In einem funktionierenden Gemeinwesen müssen die Krisenkosten von denjenigen übernommen werden,

die es auch können. Wir Grüne fordern deshalb eine einmalige Vermögensabgabe für Superreiche. Weniger als 0,5 Prozent der Bevölkerung in Deutschland wären von unserer Vermögensabgabe betroffen. Die Höhe und der Zahlungszeitraum werden so gestaltet, dass sie allein aus den Gewinnen der Vermögen aufgebracht werden kann. Die jährliche Abgabenbelastung läge bei maximal 1,5 Prozent. Für Privat- und Betriebsvermögen gelten hohe Freibeträge. Unternehmen werden nicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Wer keinen Gewinn macht, muss nicht zahlen. Persönliche Freibeträge schützen vor zu hohen individuellen Belastungen. So wäre eine Familie mit zwei Kindern erst abgabepflichtig, wenn sie über mehr als 2,5 Millionen Euro Nettovermögen verfügt. Wer zum Beispiel gut verdient, aber Schulden hat, weil das Haus noch abbezahlt werden muss, ist nicht betroffen. Dennoch würden mit der Abgabe über zehn Jahre 100 Milliarden Euro zusammenkommen. Selbst Superreiche unterstützen diese Idee, wie die Initiative Vermögenger für eine Vermögensabgabe und viele andere zeigen.

Unsere Vermögensabgabe ist zumutbar, bezahlbar und notwendig. Um nachhaltig Wachstum und Stabilität zu schaffen, brauchen wir zudem einen neuen ökonomischen Ansatz. Dafür stehen wir mit dem Green New Deal. Der Weg aus der Krise ist Grün.

Lisa Paus
Mitglied des
Deutschen Bundestages,
Obfrau im
Finanzausschuss und
Mitglied im EU-Ausschuss



Service

Sie möchten persönlich mit uns Kontakt aufnehmen? Dann besuchen Sie uns in der Sprechstunde oder schicken uns eine Mail.

Sprechzeiten

Montags von 17 bis 19 Uhr
Mittwochs von 10 bis 12 Uhr

Unsere Geschäftsstelle
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Marzahn-Hellersdorf
Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin

Geschäftsführung

Jakub Stoinski
Tel: 030 / 541 40 19

kv@gruenemarzahnellersdorf.de
www.gruenemarzahnellersdorf.de



Impressum



Herausgeberin: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Marzahn-Hellersdorf
Alt-Biesdorf 62
12683 Berlin

Redaktion: Stefan Ziller (ViSdP)

Satz & Layout: Jörn Jaath

Grafiken: Jörn Jaath

Auflage: 5.000

Druck: Henke Pressedruck

Asylknast – nein Danke Was ist gerecht?

Eine Gewahrsamseinrichtung auf dem Willy-Brandt-Flughafen wird gebaut – doch unser Widerstand dagegen geht weiter.

Die Abgeordnete Canan Bayram wollte mit einem Antrag ein Abschiebegefängnis auf dem Gelände des neuen Willy-Brandt-Flughafens verhindern. Sie wurde jedoch mit 81 Stimmen der Berliner Koalition überstimmt. Das bedeutet: Die Gewahrsamseinrichtung wird gebaut.

Der Namensgeber des Flughafens würde sich im Grabe umdrehen, wenn er davon wüsste. Der weitere Abbau des Asylrechts und die hinzukommende institutionalisierte Abschreckung, so etwas widerspricht eklatant der Vita von Willy Brandt.

Artikel 16 des Grundgesetzes besagt „Politisch Verfolgte genießen Asyl.“ Dieses Asylrecht wurde seit 1993 wiederholt geändert, weshalb nur noch Asylrecht-light übrig geblieben ist. Die Drittstaaten-Lösung verweigert beispielsweise Asylsuchenden das Recht auf einen Asylantrag, sollten sie über einen Nachbarstaat eingereist sein.

Rechtlosigkeit in der Gewahrsamseinrichtung

Angenommen, ein Homo- oder Transsexueller aus einem Land, das gleichgeschlechtliche Lebensweisen verbietet und unter Strafe stellt, würde per Direktflug den Willy-Brandt-Flughafen erreichen. Schon die Begrüßung schafft die entsprechende „Willkommenskultur“. Er landet sofort in einem abgeschlossenen Asylknast ohne jeden Außenkontakt, ohne Rechtsbeistand und auch ohne psychologische Betreuung für traumatisierte Menschen.

Nun versucht er einen Asylantrag zu stellen. Nicht nur, dass eine gleichgeschlechtliche Orientierung schwer zu

beweisen ist. In Deutschland hat dies in der Vergangenheit zu langwierigen Gerichtsverfahren geführt, die nicht immer zu Gunsten des Asylsuchenden ausgefallen sind. Jetzt soll dies in einem beschleunigten Asylverfahren innerhalb weniger Tage möglich sein?

Grundsätzlich könnte der Asylsuchende zumindest im Falle einer Ablehnung rechtliche Schritte unternehmen. Aber nicht, wenn er in eine Gewahrsamseinrichtung gesperrt wird, keinerlei Kontakte zur Außenwelt hat und keinen Anwalt aufsuchen kann. Es liegt sozusagen im Ermessen der Behörde, ob er ein Recht auf Asyl besitzt oder nicht. Der Asylsuchende kann im für ihn schlimmsten Fall sofort wieder ausgewiesen werden.

Grüner Aufstand gegen Asylknast

Bei der Landesdelegiertenversammlung von Bündnis 90/Die Grünen haben sich alle Anwesenden gegen den Asylknast ausgesprochen. Wir akzeptieren also nicht, dass das Recht auf Asyl weiter ausgehöhlt wird.

Wir werden nicht ruhen, bis die Idee eines Asylknastes endgültig vom Tisch ist. Wir werden aufstehen, demonstrieren und dagegen kämpfen.

Durch das „nein“ zum Asylknast retten wir nicht nur Menschenleben sondern auch unseren Rechtsstaat.



Katayun Pirdawari

Die soziale Schere in unserer Gesellschaft geht auseinander. Das zeigt sich an der Verteilung von Einkommen und Vermögen, aber auch am Zugang zu guter Bildung, Arbeit und Gesundheit. In kaum einem anderen Industrieland ist die Durchlässigkeit der Gesellschaft so gering ausgeprägt wie in Deutschland. Diesem Auseinanderfallen unserer Gesellschaft stellen Bündnis 90/Die Grünen eine soziale Idee entgegen, die Gleichheit und Freiheit nicht gegeneinander ausspielt, sondern jeder und jedem die gleiche Freiheit ermöglicht, mit Unterstützung und durch eigene Anstrengung etwas aus ihrem und seinem Leben machen zu können. Es geht um ein selbstbestimmtes Leben und die gleichen Lebenschancen für alle in einer inklusiven Gesellschaft. Eine solche Politik der Gerechtigkeit steht im Zentrum der Erwartungen der Bevölkerung und im Zentrum grüner Politik.

Auf dem sozialpolitischen Kongress am 6. Juli (ab 19 Uhr) und 7. Juli werden die Grünen ihre sozialen Ideen und Konzepte diskutieren und weiterentwickeln. Was heißt grüne Verteilungsgerechtigkeit? Welche Rolle spielen dabei öffentliche Institutionen? Mit diesen und anderen Fragen hat sich das Zukunftsforum „Antworten auf die auseinanderfallende Gesellschaft“ befasst und im Vorfeld der Zukunftskonferenz 2011 in Berlin einen umfassenden Bericht vorgelegt.

Bündnis 90/Die Grünen Marzahn-Hellersdorf werden sich intensiv in die Debatte einbringen. Interessierte BürgerInnen sind herzlich eingeladen sich daran zu beteiligen!

Kontakt:
stefan.ziller@gruenemarzahnellersdorf.de,
030 / 541 40 19 oder besuchen sie uns
in unserer BürgerInnensprechstunde.

Weitere Informationen:
www.antriebszukunft.de